

# Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Morgen-Ausgabe

Halle - Saale

Sonnabend, 27. März 1926

Jahrg. 219 Nr. 73a  
Verlag v. C. H. W. Neumann, Neudamm 10  
Halle a. S. 1926

Verlagspreis: monatlich 2,50, vierteljährlich 7,50, halbjährlich 14,00, jährlich 28,00  
Einzelpreis: 10 Pfennig  
Abbestellen: 14 Tage vorher  
Anzeigenpreis: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag  
Kleinanzeigen: 5 Pfennig pro Zeile pro Tag  
Werbung: 10 Pfennig pro Zeile pro Tag  
Eigentümer: C. H. W. Neumann  
Verleger: C. H. W. Neumann  
Halle a. S. 1926

## Eine Niederlage der preussischen Regierung Die Hauszinssteuer abgelehnt

### Preussischer Landtag

Berlin, 26. März.

Der Preussische Landtag lehnte heute, nachdem das Haus des Abgeordneten die Vorberatung in Oberhaus gelehrt hatte, die

#### breite Beratung der Hauszinssteuer

fort. Finanzminister Dr. Brücker erklärte, eine Vertagung der Budgetberatung durch die Hauszinssteuer könne nur in besonderen Fällen auf Antrag vorgenommen werden. Die Wirtschaftsminister müssten den bedürftigen Ministern gelten. Deshalb ginge der Standpunkt der Regierung dahin, aus dem Steuerantrag diesen Kern zu streichen zur Vertagung zu stellen. Nachdem aber dies bei Einzelnen und dem Ausschuss des Landtages dieser Veto abgelehnt worden sei, sei man jetzt dazu gekommen, durch Stundungen und Wiederholungen den nötigen logischen Ausgleich zu versuchen. Eine Vertagung der Hauszinssteuer sei bereits unbenutzbar. Die Mittel der ganzen Finanzverwaltung über den Kaufen werden. Die Mittel aus der Steuer seien auch für die Finanzen der Länder und Gemeinden und für die Neubildung unbedeutend. Nach weiterer Ausprache, in der die Vertreter der Kommunisten, Demokraten und Sozialdemokraten noch einmal den Standpunkt ihrer Fraktionen darlegten, wird die breite Beratung beendet. Die Bestimmungen sollen später erfolgen.

Das Haus lehnt darauf die Ausprache zum Wohlfahrtsauschuss. Der Landtag noch dann die Bestimmungen zur Gesundheitsfürsorge abgelehnt, die Steuer wieder Hauszinssteuer zu nennen. Ein sozialdemokratischer Antrag, die landwirtschaftlichen Gebäude zur Steuer heranzuziehen, wurde abgelehnt. Wohlgeht wurde unter anderem auch ein sozialdemokratischer Antrag, der die Möglichkeit in das Gesetz aufgenommen werden sollte, bei Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 1500 Mark die Steuer zu finden oder niederzulassen.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, das Gesetz auf ein Jahr bis zum 31. März 1927 zu befristet werden anzunehmen. Damit fällt die Bestimmung der Vorlage, die eine Gültigkeit bis zum 31. März 1928 vorsieht. Die Schlussabstimmung über den gesamten Gegenstand fand namentlich statt und ergab die Ablehnung des Gesetzes mit 198 gegen 135 Stimmen. (Wieder Zutritt im Hause. Stürmische Aufregung.)

Hr. Bied (Komm.) erklärte als Mitglied der Regierung nach diesem Ergebnis der Abstimmung den Landtag aufzulösen. Der Preussische Landtag lehnte nach der Schlussabstimmung über die Hauszinssteuer die Beratung zum Entwurf der Wohlfahrtsministeriums ab. Die Beratung wird abgebrochen und der Präsident schlägt Vertagung vor.

Hr. Bied (Komm.) berichtet darauf den Antrag seiner Fraktion, den Landtag aufzulösen. Der kommunistische Wunsch, diesen Antrag morgen als ersten Punkt der Tagesordnung zu betreten, wird abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Sonnabend 10 Uhr.

Berlin, 26. März.

Die unerwartete Ablehnung der Hauszinssteuer im Landtag löst den Gegenstand lebhafter Besprechung in den Wandelgängen. Die Demokraten setzen unerschrocken ihrem Gernglauben nach, daß während der Abstimmung fünf Sozialdemokraten und sechs Zentrumsmitglieder abgereist sind. Somit wäre die Ablehnung nicht möglich gewesen. Ein Ratium tritt infolgedessen nicht ein, als auch die frühere Annahme der sogenannten Zwischenlösung eine Klageung bis zum 1. Juni bereits beschlossen worden ist. Der interaktionelle Austausch wird nunmehr zusammengetreten, um zu der durch die Ablehnung der Hauszinssteuer gegebenen Lage Stellung zu nehmen.

### Preussischer Kabinettsrat

Berlin, 26. März.

Im preussischen Landtag fand heute nachmittag eine Ministerbesprechung statt, die sich mit der durch die Ablehnung der Hauszinssteuer geklärten Lage und vor allem mit der Frage beschäftigte, ob der Landtag aufzulösen sei. Im Hinblick auf die Besprechung ist sofort der interaktionelle Austausch zusammengetreten. Die Kommunisten haben nunmehr einen förmlichen Auflösungsantrag eingebracht, der folgenden Wortlaut hat: Die Kommunistische Fraktion im Landtag, die den Ausschuss, daß das Staatsministerium aus der Ablehnung der Vorlage über die Hauszinssteuer, durch die der Landtag dem Staatsministerium das Vertrauen in besser beachtlicher Form ausgedrückt hat, die erforderliche Konsequenzen ziehen muß. Das Staatsministerium hat seine Pflicht im Landtag. Der Landtag ist aber auch, wie das Einigungsverständnis zum Selbstbehaupten über die Parteienabstimmung bewies, nicht qualifiziert, ein neues Staatsministerium zu bilden. Der Landtag wolle daher beschließen: Der Landtag wird aufgelöst. Neuwahlen finden am 8. Mai 1926 statt.

### Keine Landtagsauflösung

Berlin, 26. März.

Die Sitzung des interaktionellen Ausschusses des Landtages, an der auch die Mitglieder des Kabinetts teilnahmen, ging

um 8.20 Uhr zu Ende. Eine Landtagsauflösung, von der vielfach die Rede war, kommt nicht in Frage. Die letzte Entscheidung liegt natürlich beim Kabinettsrat. Es wurde darauf verwiesen, daß ja die unbenutzte Zwischenlösung in der Frage der Hauszinssteuer vorliegt und daß eine eventuelle Vertagung aber in der schlechtesten Bestimmungen über den 1. Juni hinaus möglich sei. An dem Arbeitsplan des Landtages wird nichts geändert. Der Landtag wird am Sonnabend bis zum 20. April in die Osterferien, wenn die Regierungsparteien werden sich nach den Osterferien, wenn auch das Steuerkompromiß des Reichstages eintritt, vertagt mit den Fragen beschäftigen, die sich aus dem Reichsfinanzausgleich ergeben.

### Die preussische Regierung bleibt

Berlin, 26. März.

(Eigener Drahtbericht.)

Von amtlicher preussischer Seite wird nunmehr eine Mitteilung veröffentlicht, die als das Ergebnis der Beratungen des preussischen Kabinetts anzusehen sein dürfte und in der erklärt wird, daß die Ablehnung der Hauszinssteuer im Landtag nicht aus sachlichen Gründen erfolgt sei. Jeder Regierung müsse eine entsprechende Vorlage schon zur Durchführung der reichsrechtlichen Bestimmungen bringen. Die Ablehnung stelle die Einführung der Bestimmungen vorläufig in Frage. Es sei außerdem auch eine Zufallsangelegenheit herbeigeführt. Eine politische Krise entspreche nicht, da ein Preisdergeheiß, dessen Wirkung nicht befristet ist, in der vorigen Woche vom Landtag abgelehnt worden sei. Die Regierung werde einen Weg finden, um bis zum 1. Juli eine dem Reichstages entsprechende Lösung herbeizuführen. Bei dieser Lage, so schließt die Erklärung, würde die Regierung ihre Pflicht gegenüber dem Lande verletzen, wenn sie zurücktreten würde und eine Krise heraufbeschwören wollte, umso mehr, als der Landtag noch gestern der Regierung das Vertrauen quittiert hat.

### Das Zentrum klagt sich selbst an

Berlin, 26. März.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Die preussische Regierung ist bei der Abstimmung über die Hauszinssteuer heute nachmittag in der Minorität geblieben. Das ist eine unbedeutende Katastrophe. Weniger unbedeutend aber ist, was für manchen Bestand der Regierung zu sein, die aus dieser Katastrophe gezogen werden müssen. Nach parlamentarischer Brauch hat eine Regierung zurückzutreten, wenn sie das Vertrauen des Parlaments nicht mehr besitzt und dies ist doch der Sinn der heutigen Ablehnung des Regierungsvorlages. Die heutigen Mitglieder der preussischen Regierung sind das Bedürfnis zu haben, unter keinen Umständen von der Stelle zu weichen und vor allem aber ihre Ministerämter nicht vor Oftern aufs Spiel zu setzen. Die goldene Rede (oder ist es eine Goldrede?), die man sich gebaut hat, ist der Vorwand, daß das Gesetz über die Hauszinssteuer zu kurzum nicht so furchtbar ist, weil eine unbenutzte Zwischenlösung vorliegt. Also will man tun, als ob nichts geschehen wäre und fortwähren. So ganz wohl scheint dem Zentrum bei dieser Sache nicht zu sein, da die preussische Zentrumsmehrheit eine Entscheidung herbeizuführen hat, die in der parlamentarischen Geschichte wohl einzig dasteht. Hierin wird zuerst betont, daß das Ergebnis der Abstimmung ganz unübersehbare Folgen haben könne. Weiter wird mit unnahebringlicher Schärfe das Fehlen der sieben preussischen Zentrumsmehrheiten gebremst, die unentschieden gelassen sind und dadurch die Verantwortung der Regierung ermöglicht und die deshalb die Schuld daran tragen, daß der dem Zentrum mühsam in einer der Landwirtschaft und Wohlfahrtsministerien gleichzeitigen erträglichen Form geordnete Gegenentwurf fiel. Wie können nicht glauben, daß die hohen Erwartungen, die man sich bei der Ablehnung des unsichlichen Opposition dieser Abgeordneten gegen den vorliegenden Entwurf. Kurz erhe aber hat die Haltung der preussischen Regierung die Willkür der Parteirepäsentanten der Reaktion gegenüber. In den Streifen der nationalen Opposition in Preußen ist man fest entschlossen, die eigenartige Politik der Regierung mit den schärfsten Gegenmaßnahmen zu beantworten und eine feste Opposition sofort durchzuführen, so daß der nicht mehr vorläufigen Regierung, die Reichsregierung durch eine solche Lage unangenehm gemacht wird, die in diesem Falle die einzige Waffe einer Opposition darstellt, die einfach niedergelegt wird. So haben die bestirnten Gesichter besonders der Sozialdemokraten und Demokraten im preussischen Landtag sich durchaus noch nicht aufgehoben und man findet auch ohne auf dem Wege über Neuwahlen sowohl für den Rücktritt des Kabinetts wie für den Innenminister Geering.

### Die ungewisse Steuerabstimmung

Berlin, 26. März.

Nach dem heutigen Mißfall der Verhandlungen über das Steuerkompromiß im Reichstagesrat des Reichstages ist erörtert werden weiter Lösung nach nunmehr des Votums möglich ist, man mag sich mit dem Kompromiß befassen. Die Deutsch-

nationalen und die Sozialdemokraten werden im Plenum Anträge, die im Ausmaß ihrer Mehrheit erhalten haben, zum Teil wiederholen. Die Entscheidung über die Schlussabstimmung zum Gesamtgesetz ist durch den Verlauf der Ausbesserungsverhandlungen wieder etwas zufällig geworden. Ein Teil der deutschnationalen Anträge ist abgelehnt, obwohl in den geringen Besprechungen ein Einverständnis über Kompromißanträge erreicht zu sein schien. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion tritt heute abend nach Schluß des Plenums nochmals zusammen, um das Ergebnis der Ausbesserungsverhandlungen nachzusehen. Die Vertreter der Deutschnationalen haben in der letzten Besprechung mit dem Reichstagsminister und den Vertretern der Regierung entschieden erklärt, daß sie weiter an dem Steuerkompromiß mitarbeiten wollen. Ob die deutschnationalen Fraktion in der Gesamtabstimmung dem Gesetz jetzt ihre Stimme geben wird, hängt von dem heutigen Beschluß der Fraktion ab.

### Reichszinsler A. D. Konstantin Fehrenbach ist am

3/3 Uhr verstorben.

Der Verstorbenen wurde am 11. Januar 1862 in Bellenbungen im bairischen Schwabengau als Sohn eines Volksschullehrers geboren. Nach Ablegung des Gymnasiums in Freiburg studierte er zunächst Theologie, wandte sich aber dann dem Studium der Rechtswissenschaft zu. 1888 ließ er sich als Rechtsanwalt in Freiburg nieder. Seit 1884 war er ununterbrochen an zahlreichen Stellen im öffentlichen Leben tätig, so als stellvertretender Obmann des Stadterwerbsvereins und als Stadtrat in Freiburg, als Kreisbauinspektor und Abgeordneter der Stadt Freiburg in der zweiten deutschen Reichstagskammer. Dem Reichstag gehörte Fehrenbach von 1903 bis 1918 an, zeitweise als Vorsitzender des Reichstagsausschusses und als Präsident. Auch die Nationalversammlung in Weimar wirkte ihn zu ihrem Präsidenten. Den Höhepunkt seiner politischen Laufbahn erreichte er, als er im Juni 1920 die Amtsgeschäfte übernahm. Nach seinem Rücktritt als Reichstagsminister war er wieder Mitglied des Reichstages. Als solcher übernahm er Ende 1923 als Reichsminister der Finanzen die Leitung der Zentrumsmehrheit. Die Stadt Freiburg ernannte Fehrenbach wegen seiner großen Verdienste um die Stadt zum Ehrenbürger.

### Die Zentrumsmehrheit zum Tode

Fehrenbachs

Berlin, 26. März.

Anschließend des Ablebens ihres Reichstagspräsidenten versammelte sich die Zentrumsmehrheit des Reichstages zum Zweck der Beerdigung zu einer kurzen Zusammenkunft. Der stellvertretende Vorsitzende von Guérard widmete dem Verstorbenen einen warmen Nachruf, in dem er dessen Verdienste als Reichstagsminister, Reichstagspräsident und Parteiführer würdigte. Die Fraktion beschloß, vollständig an der Beerdigung teilzunehmen.

### Das Beileid der Zentrumsmehrheit

des Reichstags

Berlin, 26. März.

Der stellvertretende Vorsitzende der Zentrumsmehrheit des Reichstages, von Guérard, hat im Namen der Fraktion an den Leichnam Fehrenbachs folgendes Beileidstelegramm geschickt: Die Zentrumsmehrheit des Reichstages steht tief erschüttert an der Leiche ihres ersten Reichstagspräsidenten. Sie ergeht die Trauer um die Familie des Verstorbenen. Sein Andenken wird nicht nur bei uns, sondern im ganzen deutschen Vaterland eingelebnet sein.

### Die „Kölnische Volkszeitung“ zum

Tode Fehrenbachs

Köln, 26. März.

Zum Tode des Reichstagspräsidenten der Zentrumsmehrheit, Reichstagsminister A. D. Fehrenbach, schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: Nicht nur die deutsche Zentrumsmehrheit trauert heute um diesen fröhlichen und eigenartigen Mannes, auch alle Deutschen, die über die Parteigrenzen hinaus bilden können, werden über die Tatsache inne, daß ein edler Volksmann heimgegangen ist. Die etwas positive Stellung, die die Zentrumsmehrheit bei der Ermüdung der Konstitutionsverhältnisse seit dem Abgang des Herrn Dr. Marx vom Reichstagsparlament eingenommen hat, entspricht nicht den Reigungen Konstantin Fehrenbachs, und die Unmöglichkeit, bereit in diesem Punkte etwas zu ändern, drückt ihn nieder. Mit Konstantin Fehrenbach ist ein Parlamentarier von großem Format und gleichzeitig europäischer Verstandlichkeit aus dieser Welt abgegangen. Das deutsche Volk, insbesondere die katholische Bevölkerung, schauerte diesem Mann außerordentlichen Dank. Das Andenken Konstantin Fehrenbachs wird hoch in Ehren stehen. Die Dankbarkeit des katholischen Volkes, für dessen Rechte und hohe Ideale er ein treuer und mutiger Kämpfer war, wird ihm über das Grab hinaus folgen.





Wertbeständige Anleihen

Table of interest-bearing securities with columns for issuer, amount, and price.

Deutsche Gold- und Silber-Scheideanstalt... fester, so auf 122,5, Nomos 122, 107 1/2 G.

Leipzigische Börse... Adm. d. Bp. 88 87 85, Adm. d. Bp. 88 87 85, Adm. d. Bp. 88 87 85.

Table of Leipzig stock market prices for various companies and sectors.

Berliner Produkte... Das inländische Getreideangebot hielt sich weiter in engen Grenzen, so daß die Märkte tendenziell auf die Vermehrung des Auslandseinganges angewiesen sind.

Table of Berlin stock market prices for various companies and sectors.

Berliner Schiff- und Radbörse... Im weiteren Verlauf der Börse zeigte die Aktienkurve teilweise härtere an, wobei einige Stahlwerke, Gemische und Schiffbauaktien sowie Banken und Waren-Gesellschaften.

Hamburger Börse... Bei etwas lebhafterem Geschäft trat die Tendenz zu einem stillen, ruhigen Verlauf der Börse zu Tage.

Preis- und Verlags von Otto Ehrlich... Leiter der Redaktion: Wally Udenmann.

Berliner Börse vom 26. März 1926

Main table of Berlin stock market prices for various companies and sectors, including columns for company names and prices.

Terminhandels... Termin-Kurse vom 26. 3. 1926... Allg. D. Eisenb. 152,2, Deutsche Anleihe 152,2.

Deutsche Bank 122,0, Dresdner Bank 122,0, Reichsbank 122,0.

Kall Ansehensbank 122,0, Kall Ansehensbank 122,0, Kall Ansehensbank 122,0.